

DIE USA IM KAMPF GEGEN GELDWÄSCHE

SERIE GELDWÄSCHE (14): USA

Amerika setzt auf globale Verfolgung

Kongress verabschiedet umfassende Reform der gesetzlichen Vorschriften – Künftig geraten auch ausländische Banken ohne US-Niederlassung stärker ins Visier

Der Kongress hat gegen das Veto von Ex-Präsident Donald Trump kürzlich ein neues Reformgesetz für den Kampf gegen Geldwäsche verabschiedet. Das Gesetz beinhaltet ein Belohnungsprogramm für Informanten. Ausländischen Banken drohen mehr Ermittlungen und höhere Strafen.

Gesetz eine stärkere Belohnung von Informanten (Whistleblower) bei dienlichen Hinweisen vor.

Laut Gesetzgeber handelt es sich dabei um eine „umfassende Reform und Modernisierung“ des 1970 mit dem Gesetz zum Bankgeheimnis (Bank Secrecy Act) erstmalig festgesetzten und zuletzt mit dem 2001 in Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September verschärften rechtlichen Rahmens für die Bekämpfung von Geldwäsche und Korruption. Die Fachleute in den großen amerikanischen Anwaltskanzleien sehen das ähnlich. Anwälte rechnen unisono mit einer deutlich zunehmenden Zahl von straf- und zivilrechtlichen Ermittlungen und Klagen beim Thema Geldwäsche.

Die Vereinigten Staaten gehen schon seit geraumer Zeit aggressiv gegen ausländische Banken im Zusammenhang mit Geldwäsche oder der Verletzung von Sanktionen vor. Die US-Niederlassungen dieser Banken sind wie die der amerikanischen Konkurrenz verpflichtet, die Anforderungen des Bank Secrecy Act zu erfüllen. „Das stellt einen Angriffspunkt für die Bankaufsichtsbehörden dar, ihre juristische Zuständigkeit auszuüben“, heißt es in einem Kommentar der Kanzlei Allen & Overy. Die Liste ausländischer Banken mit amerikanischer Niederlassung, die in der Vergangenheit wegen Mängeln bei der Bekämpfung von Geldwäsche außerhalb der Vereinigten Staaten von Aufsichtsbehörden belangt wurden, reicht von HSBC, BNP Paribas und Société Générale über Unicredit bis zur Commerzbank. Neben Bundesbehörden sind auch solche der Bundesstaaten wie das New Yorker DFS (Department of Financial Services) aktiv, das jüngst eine Geldstrafe gegen die Deutsche Bank verhängte. Das DFS ist einflussreich, weil es

für jede Bank zuständig ist, die in New York eine Lizenz hat – auf die angesichts der großen Bedeutung des Finanzplatzes keine Bank verzichten kann.

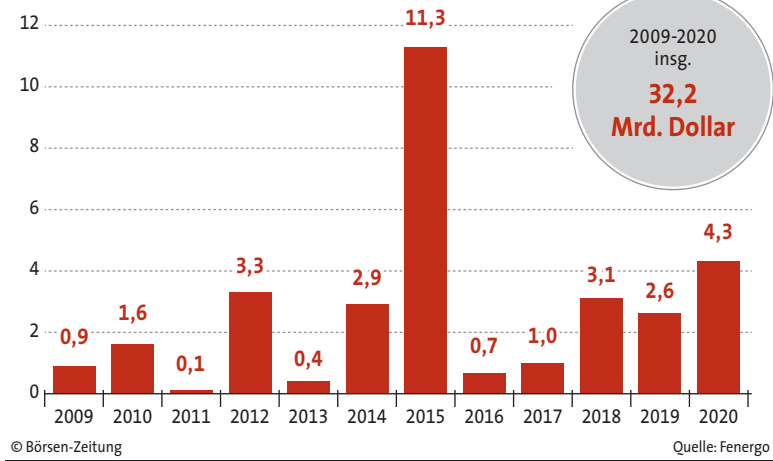
Aber nichtamerikanische Banken müssen gar keine Niederlassung in den USA haben, um ins Visier der US-Behörden zu geraten und mehrstelligen Millionen-Dollar-Strafen zu riskieren. Das neue Geldwäschegesetz erweitert den Zugriff von US-Behörden auf Informationen von ausländischen Banken, die nur ein Korrespondenzkonto in den USA unterhalten. Korrespondenzkonten ermöglichen grenzüberschreitende Transaktionen zwischen verschiedenen Finanzinstituten, die keine direkte Beziehung miteinander haben. US-Dollar-Transaktionen machen laut Weltwährungsfonds rund die Hälfte der weltweiten Korrespondenzüberweisungen aus, und US-Banken spielen dabei eine zentrale Rolle. Amerikanische Behörden haben schon jetzt das Recht, per Zwangsvorladung Informationen von einer ausländischen Bank anzufragen, wenn sie ein Korrespondenzkonto besitzt. Die Auskunft war bisher aber auf Unterlagen und Daten beschränkt, die direkt mit dem Korrespondenzkonto in Zusammenhang standen.

Zugriff auf jegliches Konto

Mit dem neuen Gesetz bekommen die amerikanischen Behörden jetzt Zugriff auf „jegliche Konten der ausländischen Bank“, wenn die US-Behörden das bei ihren Ermittlungen für wichtig halten. „Für internationale Banken kann dieser extraterritoriale Ansatz beängstigend sein“, sagt Marc-Alain Galeazzi, Anwalt und Fachmann für Geldwäsche bei der Wirtschaftskanzlei Morrison & Foers-

USA straft Banken ab

Geldstrafen gegen Finanzinstitute in den USA für Verstöße gegen Geldwäsche und Sanktionen in Mrd. Dollar



teriums. Die Behörde sammelt die Informationen in einer nichtöffentlichen Datenbank und kann sie anderen Regierungsbehörden bei Ermittlungen zugänglich machen. Jährlich werden in den Vereinigten Staaten über 2 Millionen Unternehmen gegründet, aber die meisten Bundesstaaten verlangen – anders als international üblich – bei der Gründung keine Auskunft über die Eigentümer. „Wenn eine terroristische Zelle ihr Geld verschieben oder ein kriminelles Syndikat Geld waschen will, dann tun sie das in der Regel direkt hier in den USA, mit einer Briefkastenfirma“, sagte die demokratische Abgeordnete Carolyn Maloney aus New York, die diesen Teil des Gesetzes auf den Weg gebracht hatte.

Mehr Ressourcen

Der neue Präsident Joe Biden hat angedeutet, dass das Vorgehen gegen illegale Finanzgeschäfte im In- und Ausland höchste Priorität haben wird. Beraterin Angotti geht daher davon aus, dass die Aufsichtsbehörden unter Biden mehr Ressourcen bekommen werden. „Es könnte mehr Ermittler geben, die möglicherweise etwas härter gegen Banken vorgehen“, sagt sie. Auch Jurist Galeazzi hält es für eine politische Entscheidung, wie „aggressiv oder nachsichtig“ eine Behörde vorgeht. Er glaubt auch, dass die Verfolgung von Geldwäsche unter Biden insgesamt forciert wird, nachdem sie in den vergangenen Jahren etwas nachgelassen hatte. Galeazzi ist sich mit vielen seiner Kollegen einig: „Es wird sicherlich mehr Ermittlungen und Klagen geben.“

Zuletzt erschienen:
► Europäische Union: Einheitliche Regeln, neue Aufsicht (19.1.)



mit parteiübergreifender Mehrheit etwa Trumps Veto gegen das Verteidigungsbudget für das kommende Haushaltsjahr. Vor der breiteren Öffentlichkeit kaum bemerkt wurde mit dem Verteidigungshaushalt auch eine an das Gesetz angehängte Reform der amerikanischen Geldwäsche-Statuten verabschiedet, die große Auswirkungen auf ausländische Banken haben könnte.

Das Gesetz, der mehr als 200 Seiten starke „Anti-Money Laundering Act of 2020“, stärkt die Zugriffsmöglichkeiten von US-Behörden auf Banken und Unternehmen außerhalb der Vereinigten Staaten. Dazu sieht das

INTERVIEW ZUR SERIE GELDWÄSCHE: ALMA ANGOTTI, GUIDEHOUSE

„Spitzenbanker verstehen die Risiken von Finanzkriminalität nicht“

Die Geldwäsche-Expertin über teure Compliance-Programme

Börsen-Zeitung, 22.1.2021

■ Frau Angotti, Sie waren früher bei amerikanischen Aufsichtsbehörden für den Aufbau von Anti-Geldwäscheprogrammen verantwortlich. Warum geraten ausländische Banken immer wieder mit den US-Gesetzen in Konflikt?

Es ist zum Teil eine Kostenfrage. Die Einrichtung von Anti-Geldwäscheprogrammen ist teuer, insbesondere die Technologie dafür. Wenn Banken Ärger bekommen, investieren sie zwangsläufig stark in ihre Compliance-Programme und beheben die Mängel. Danach lassen sie das Thema häufig aber wieder ruhen und geraten technologisch ins Hintertreffen.

■ Aber sind Geldstrafen nicht auch teuer, mal ganz abgesehen vom Reputationsschaden, den negative Schlagzeilen verursachen?

Das ist richtig. Anti-Geldwäscheprogramme müssen weiterentwickelt werden, um den sich ändernden Risiken und regulatorischen Erwartungen gerecht zu werden. Ich habe kürzlich eine Präsentation vor dem Verwaltungsrat einer Bank gemacht, die gerade eine Geldstrafe der DFS bekommen hatte, der Finanzaufsicht des Bundesstaates New York. Wissen Sie, was mir ein Mitglied des Gremiums gesagt hat? Ihnen sei 2009 doch versichert worden, dass mit den Anti-Geldwäscheprogrammen alles in Ordnung sei. Vor zehn Jahren stimmte das wahrscheinlich. Aber die Technologie, die kriminelle Typologie und die Risiken ändern sich.

■ Aber Banken haben doch eigens ihre Compliance-Abteilungen aufgestockt, damit diese regulatorischen Risiken erkannt werden.

Auf einer Konferenz in Berlin vor anderthalb Jahren haben wir eine kurze Umfrage zu den größten Herausforderungen für Compliance-

Manager gemacht. Drei Viertel der Teilnehmer gaben an, dass die für das Geschäft verantwortlichen Manager die Risiken von Finanzkriminalität nicht verstehen. Das war ein größeres Problem als regulatorische Änderungen oder die Kosten für Technologie.

■ Warum ist es schwierig, diese Risiken zu verstehen?

Manchmal wollen Spitzenmanager das gar nicht verstehen, um eventuelle Vorwürfe später glaubhaft abstreiten zu können. In anderen Fällen

fehlt den Compliance-Managern die Autorität, mit einem wichtigen Thema direkt zur Geschäftsführung oder zum Verwaltungsrat zu gehen. Aber: Es ist die klare Aufgabe der Compliance-Manager in der Bank, diese Risiken deutlich zu machen.

■ Die amerikanischen Aufsichtsbehörden gelten als besonders aggressiv. Unterschätzen die ausländischen Institute das?

Das spielt in manchen Finanzinstituten sicher eine Rolle. Die Geschäftskultur in Amerika kann sich schon stark von den jeweiligen Heimatländern unterscheiden. So arbeiten amerikanische Aufsichtsbehörden nicht unbedingt mit den Banken zusammen, um Missstände zu beheben. In anderen Ländern gibt es möglicherweise eine kooperativere Beziehung zwischen Aufsehern und Finanzinstituten. Für große, global tätige Institutionen kann es auch schwierig sein, das Geschäft weltweit zu managen, in vielen Ländern mit unterschiedlichen Geschäftskulturen und Risiken. Dazu kommt, dass eine Menge Banken durch Akquisitionen groß geworden sind. Die unterschiedlichen Computersysteme passen nicht immer gut zusammen.

■ Die verschiedenen US-Aufseher scheinen manchmal auch nicht gut zusammenzuarbeiten. New York ist den Bundesbehörden schon mal vorangesprecht. Macht das den Umgang mit den Behörden für Banken schwieriger?

Es ist sicherlich die Absicht der Aufseher zusammenzuarbeiten, aber das gelingt möglicherweise nicht immer. Bei den meisten großen Fällen kooperieren die Behörden aber, um einen umfassenden Vergleich zu erzielen. Das ist auch im Interesse der Banken, die nicht an vielen Fronten kämpfen wollen.

Das Interview führte Norbert Kuls.

ZUR PERSON

Risikoberaterin



Alma Angotti

Alma Angotti ist Juristin und Expertin für Geldwäschebekämpfung und leitet die Sparte für gesetzgeberische und regulatorische Risiken bei der Beratungsgesellschaft Guidehouse in Washington. Sie hat einst für die US-Börsenaufsicht SEC Finanzbeiträge geleistet und später für die Wall-Street-Regulierer Finra Anti-geldwäscheprogramme aufgebaut. (Börsen-Zeitung, 22.1.2021)

INTERVIEW ZUR SERIE GELDWÄSCHE: MARC-ALAIN GALEAZZI

„Ausländische Banken unterschätzen die Macht der US-Behörden“

Der Partner von Morrison & Foerster über den langen Arm der Justiz

Börsen-Zeitung, 22.1.2021

■ Herr Galeazzi, mit dem neuen Antigeldwäschegesetz erweitern die Vereinigten Staaten ihre extraterritoriale Zuständigkeit. Sind die Vereinigten Staaten mit diesem Ansatz allein oder gibt es andere Länder, die ähnlich vorgehen?

Nein, es ist in der Tat außergewöhnlich. Für ausländische Banken ist es immer wieder erstaunlich und oft unfassbar, wie weit der Arm der amerikanischen Aufsichtsbehörden ins Ausland reicht, entweder um Banken zu bestrafen, die in den Vereinigten Staaten eine Niederlassung haben, oder um an Informationen über Transaktionen zu kommen, die im Ausland stattgefunden haben.

■ Was steht hinter diesem Ansatz? Trauen die Amerikaner ausländischen Aufsichtsbehörden nicht?

Die Vereinigten Staaten sind generell davon überzeugt, dass ihre Gesetze und Regularien richtig sind und überall angewendet werden sollten. Bei der Bekämpfung der Geldwäsche haben die Amerikaner zudem früh eine Führungsrolle übernommen und sind immer noch weiter als andere Länder. Extraterritorialität bietet etwa bei Sanktionen gegen Länder wie den Iran auch ein Druckmittel, um sie weltweit durchzusetzen. Ausländische Banken, die weiter Transaktionen mit dem Iran abwickeln, können dann keine Geschäfte in den USA oder mit amerikanischen Firmen mehr machen. Das Druckmittel funktioniert auch bei der Bekämpfung der Geldwäsche, die ja ein globales Problem ist und mit dem Aufkommen digitaler Währungen gänzlich grenzenlos wird.

■ Amerikanische Antigeldwäschegesetze gibt es schon seit 1970, und US-Aufseher sind für ihr hartes Vorgehen bekannt. Warum

geraten ausländische Finanzinstitute trotzdem immer wieder in die Bredouille?

Die Antigeldwäschegesetze sind in der Tat nicht neu. Aber bis zur Jahrtausendwende wurde das in Amerika ein wenig so gehandhabt wie Trunkenheit am Steuer in den fünfziger Jahren. Es war zwar verboten, aber

die Leute haben trotzdem drei Martini zum Lunch getrunken und sind dann nach Hause gefahren.

■ Den Zusammenhang von Geldwäsche und Cocktails müssen Sie näher erläutern.

Es reichte früher aus, irgendwo ein Häkchen auf einem Papier zu machen, damit die Anforderungen formell erfüllt waren. Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 änderte sich das schlagartig. Die US-Gesetze wurden strikter, und es ging ernsthaft darum, die Risiken von Geldwäsche und Terrorfinanzierung zu erkennen und zu minimieren. Das wurde ein weltweiter Trend, aber die Vereinigten Staaten haben es vorangetrieben. Viele ausländische Banken haben aber nicht gleich erkannt, wie wichtig die Bekämpfung von Geldwäsche für die USA und ihre Aufsichtsbehörden geworden war.

■ Ist das eine Frage mangelnden Verständnisses unterschiedlicher Rechts- und Geschäftskulturen?

Das ist für mich als gebürtigen Schweizer mit Arbeitsplatz New York und vielen internationalen Klienten ein fast tägliches Thema. Ausländische Banker nehmen die amerikanischen Gesetze oft nicht ernst, weil sie nicht in den USA sitzen und die internationale Reichweite und die Macht der US-Behörden unterschätzen. Denken Sie nur an die Schweizer Bank Wegelin, der vor zehn Jahren der Steuerstreit mit den USA zum Verhängnis wurde. Die Bank wurde vom US-Justizministerium angeklagt, obwohl sie nur ein Korrespondenzkonto, aber keine Niederlassung in den USA hatte. Wer in den USA Geschäfte macht, muss auch die amerikanischen Regeln einhalten.

Das Interview führte Norbert Kuls.

ZUR PERSON

Schweizer Mix



Marc-Alain Galeazzi

– Marc-Alain Galeazzi bezeichnet sich als „typischen Schweizer Mix“. Aufgewachsen ist der Jurist im deutschsprachigen Bern, studiert hat er im französischsprachigen Fribourg, und seine Familie stammt aus dem Tessin – weswegen er mit der Großmutter Italienisch sprach. Nach einem zweiten Jurastudium an der Boston University ist Galeazzi jetzt Partner bei der großen US-Wirtschaftskanzlei Morrison & Foerster in Manhattan, zuständig für Bankenregulierung, darunter die Geldwäschebekämpfung. (Börsen-Zeitung, 22.1.2021)